



ARE-KURZINFORMATION – Fax/ E-mail-Kette Nr. 189 -vip- Pläntz, den 20.12.2010

Liebe Mitglieder der ARE und der angeschlossenen Verbände, liebe Mitstreiter für Freiheit, Gerechtigkeit, Recht und Eigentum, sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem, unserem letzten Rundschreiben für dieses Jahr verabschieden wir uns in die Weihnachtspause und möchten Ihnen noch einen kleinen Jahresend-Bericht geben, aus dem Sie nicht nur entnehmen können, dass das **Jahr 2010** ein ereignisreiches Jahr war, sondern auch, dass wir mit Kraft und Ausdauer auf unserem gemeinsamen Weg stückweise vorangekommen sind und weiter vorankommen.

Nehmen wir nur einige der Schwerpunkte von allgemeiner Bedeutung:

- **Brandenburger Bodenaffäre:** Durch unser beherztes und unermüdliches Engagement z.B. im Oktober durch eine viel beachtete Pressekonferenz im Gebäude der Staatskanzlei und dann durch die Demonstration vor dem Landtag in Potsdam, hat die Brandenburger Bodenaffäre wieder einen beachteten Platz in den Medien und damit auch im öffentlichen Bewusstsein und Interesse gefunden. Die rot-rote brandenburgische Landesregierung hat dies zu spüren bekommen. Ein Ergebnis dieses Einsatzes ist:
Der brandenburgische Finanzminister Markov hat erstmalig Zielvorgaben benannt, die darauf hinweisen, dass die Landesregierung endlich bereit ist, in Sachen Bodenaffäre etwas zu unternehmen. Beispiele hierfür sind die vorgesehene Beschleunigung der Verfahren zur Berichtigung von Grundbucheinträgen und der Einsatz von professionellen Erbenermittlern. Gerade diese auf unseren Druck hin endlich vorgesehenen Maßnahmen sind angesichts der“ Sitten- und auch Rechtswidrigkeit der Aneignungen von Grund und Boden“ (laut BGH) im Rahmen der Abwicklung der „Bodenreform“, die von der ARE schon seit vielen Jahren angeprangert wird, nunmehr erneut ins Zentrum gerückt und werden von uns aktiv und kritisch begleitet.
- **Enquetekommission Brandenburg:** Die Arbeit der Enquetekommission, zu der die ARE eine nicht unwesentliche Zuarbeit leistet, geht weiter voran. Zudem ist auch die **Kooperation mit der UOKG**, der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, weiter ausgebaut worden.
Das Ergebnis dieser Vernetzungen ist, dass diejenigen die sich für eine lückenlose Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft einsetzen und engagieren immer mehr mit einer Stimme sprechen.
- **Agrarland/ Flächenerwerb:** Wie Sie vielleicht auch den Presseberichten entnommen haben, wurde am 17.12.2010 das 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz nach EALG im Bundestag verabschiedet. Im Wesentlichen regelt das 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz folgendes: Es ist der Stichtag 01.01.2004 eingeführt worden. D.h. Alteigentümer, die wegen eines fehlenden Bescheides des zuständigen Vermögensamtes bislang keinen Antrag auf Alteigentümergewerb stellen konnten, können dies nach Erhalt ihres Bescheides zum Flächenpreis von 2004 nachholen. Da die Alteigentümeransprüche ab 2004 verzinst wurden, werden bei einem jetzt noch durchzuführenden Flächenerwerb 75% der Zinsleistungen vom Anspruch wieder herausgerechnet.

Ausweitung der Erbsprüche Hinterbliebener von Alteigentümern auf den 4. Grad, da durch die Verschleppung der Ausstellung der Ausgleichsleistungsbescheide durch die Länderverwaltungen viele Alteigentümer der 1. und 2. Generation inzwischen verstorben sind.

EIN WICHTIGER ERFOLG IM BEREICH DER SCHADENSBEGRENZUNG!

Die ARE wird nun auf schnelle Umsetzung des Gesetzes zum Agrarland-Erwerb im Jahr 2011 drängen und an der Ausgestaltung konkret mitwirken, wobei es darum gehen wird, möglichst ohne weitere bürokratische Hürden voranzukommen. Dies dient auch den Interessen der jungen Länder durch die Chance auf zusätzliche private Investitionen.

- **Rehabilitierungsfristen** bis 2019 verlängert: Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Borkener Kongresses im Juni dieses Jahres: Die Maßnahmen im Jahr 1945 in der SBZ und in der Folgezeit in der DDR waren in erster Linie keine verwaltungsrechtlichen Enteignungsmaßnahmen sondern sind vielmehr als strafrechtliche Verfolgungsmaßnahmen anzusehen. Daher ist nunmehr auch strafrechtliche und nicht verwaltungsrechtliche Rehabilitation angesagt. Rechtsanwalt Dr. Johannes Wasmuth aus München hat zu diesem Thema unter anderem in der Juristen Zeitung Fachaufsätze verfasst. Dies sollte nunmehr auch bei den Gerichten endlich ein Umdenken bewirken.
- **Aufarbeitungs- und Dokumentationszentrum:** In Plänitz bei Neustadt/ Dosse entsteht ein Zentrum der Aufarbeitung und Dokumentation. Dieses soll zugleich einen Museumsteil für Ausstellungen und Archive enthalten. Das Zentrum soll zudem als Begegnungsstätte für alle interessierten Bürger dienen und dabei besonders der jungen Generation wichtige geschichtliche Zusammenhänge so objektiv wie möglich vermitteln. Im Herbst dieses Jahres wurde eine „Werkstatt-Ausstellung“ zum 65. Jahrestag der „Ausrufung der demokratischen Bodenreform“ unter Mitwirkung von Gymnasiasten und einem ihrer Lehrer im Herrenhaus Plänitz durchgeführt. Wichtiges Doku-Material wurde inzwischen in Ausstellungsform DIN A1 gebracht und steht weiterhin zur Besichtigung zur Verfügung. Außerdem sind bereits zahlreiche Materialien zu Ausstellungs- und Seminarzwecken sowie Archiv- und Datenmaterial verfügbar.
- Informationen über die Arbeit und auch die Ergebnisse der Arbeit der ARE sind wie immer im **Internet** unter www.aren-rg.de abrufbar. Wer über eine E-Mail Adresse verfügt und uns diese noch nicht mitgeteilt hat, sollte dies bitte baldmöglichst nachholen.

Abschließend noch etwas in eigener Sache: Die ARE ist für jede Art der Unterstützung, sei es durch das Einbringen von Ideen, durch das Zurverfügungstellen von Archivmaterial, oder auch durch finanzielle Beiträge dankbar. Bitte bleiben Sie uns treu und unterstützen Sie unsere Arbeit. Es lohnt sich!

*Mit besten Grüßen und guten Wünschen für
ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest
und ein gutes neues Jahr
Ihr ARE-Team und Manfred Graf v. Schwerin*



- 2 -